

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Kommunales in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drucksache 7/2558

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2021 (HG 2021)

Seite: 123	Kapitel: 0 3 1 5 0	Titel: 8 1 2 1 0
Zweckbestimmung: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland		

Stichwort: Mehr Mittel für die Ausrüstungsgegenstände der Polizei

Ansatz im Entwurf 2021	9.455.900 €
Änderung (+/-):	+3.500.000 €
Ansatz neu:	12.955.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2021	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
167	03 810	526 30	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb der Asylstatistik	3.500.000 €
				€
insgesamt:				3.500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Es ist darauf zu achten, dass im Umfeld von Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden, in Fußgängerzonen, auf verkehrsreichen Plätzen in ganz Brandenburg und in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Videoaufklärungssysteme nach dem neuesten technischen Stand eingesetzt werden, und zwar Kameras, die je nach Einsatzort Szenen, verdächtiges Verhalten, Stimmungen, Geräusche, Personengruppen, herrenlose Gepäckstücke, Brände etc. erkennen können. Für diese Geräte müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund des Mehrbedarfes an Polizeibeamten besteht auch mehr Bedarf an der entsprechenden Ausrüstung, wie Body-Cams u.a.

Die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz können gekürzt werden, weil weniger Asylbewerber insgesamt aufgenommen werden bzw. die vollziehbar ausreisepflichtigen unverzüglich abzuschicken sind.